

FINANZEN

Sorge um deutsche Goldreserven

Die in den USA lagernden Goldreserven der Deutschen Bundesbank könnten zu einem Fall für den Bundesrechnungshof werden. Der CSU-Politiker Peter Gauweiler moniert, dass die Bundesbank ihrer bilanzrechtlichen Pflicht nicht nachkomme, wenn sie das Gold, das in den Tresoren der Federal Reserve Bank in New York eingelagert ist, nur unregelmäßig in Augenschein nimmt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des münsterschen Wirtschaftsprofessors Jörg Baetge, das Gauweiler dem

Bundesrechnungshof vorgelegt hat. Nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs seien „die Goldreserven zu jedem Bilanzstichtag körperlich aufzunehmen und nach ihrer Art, ihrer Menge und ihrem Wert exakt zu inventarisieren“. Laut Bundesbank haben Mitarbeiter die Goldbestände innerhalb des letzten halben Jahres in Augenschein genommen, davor jedoch zum letzten Mal am 11. Juni 2007. Solche zeitlichen Abstände reichten nicht, argumentiert Baetge. „Den Grundsätzen ordnungsgemäßer Inventur wird dadurch – vor dem Hintergrund der Wesentlichkeit der Goldreserven für den Jahresabschluss der Deutschen Bundesbank – nicht entsprochen.“ Die Goldreserven der Bank hatten Ende 2010 einen Wert von über 115 Milliarden Euro.

LANDWIRTSCHAFT

Koalition benachteiligt Ökoanbau

Die Bundesregierung vernachlässigt die Forschung zum Thema Bio-landbau. So haben die Agrarforschungsinstitute des Bundes in den vergangenen drei Jahren zwar insgesamt 58 Millionen Euro an Drittmitteln eingeworben. Doch davon flossen nur

120 000 Euro in Forschungsprojekte zum Thema Ökolandbau. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Grünen-Anfrage hervor. Die Koalition will nun in den kommenden sechs Jahren 2,4 Milliarden Euro in die Erforschung der grünen Gentechnik investieren – obwohl der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland mit einer einzigen Ausnahme bislang verboten ist. Das Bundesprogramm zum Ökolandbau sieht lediglich acht Millionen Euro jährlich vor, dabei liegt der Marktanteil der Branche bei sechs Prozent. Zwar hatte die Koalition im Herbst versprochen, die Ökolandbauforschung künftig auch aus anderen Forschungsprogrammen zu unterstützen. Bislang ist das aber nicht umgesetzt worden.



Ökohof in Niedersachsen

UNTERNEHMEN

Windhorst arbeitet an Imagekorrektur

Früher galt Lars Windhorst als Unternehmens-Wunderkind, dann legte er mehrere Pleiten hin, jetzt plant er erneut große Geschäfte in Deutschland – und bastelt deshalb an seinem öffentlichen Erscheinungsbild: Windhorst, 34,

baut derzeit einen Beirat für seine Investmentfirma Sapinda auf. Als Vorsitzenden dieses Beirats hat er Hubertus von Grünberg gewonnen, den Verwaltungsratschef des Schweizer Konzerns ABB. Bereits vor zwei Monaten hatte Windhorst den Medienberater und ehemaligen Helmut-Kohl-Vertrauten Andreas Fritzenkötter als neuen Kommunikationschef geholt. Mit Sapinda will Windhorst vor allem in Rohstoffe und regenerative Energien investieren.

Riesenrad in London



THE TRAVEL LIBRARY / LOOKFOTO

GELDANLAGE

Richter kritisiert Deutsche Bank

Im Streit um den geflopten Riesenradfonds Global View droht der Deutschen Bank und der Fondsgesellschaft DBM Fonds Invest eine Schlappe vor Gericht. Mit Blick auf die Klage eines Bielefelder Ehepaars kam das Landgericht Frankfurt zur vorläufigen Einschätzung, dass die Angaben zu den Risiken im Fondsprospekt für ein Riesenrad in Peking „nicht ausreichend“ sein dürften. Das geht aus einem Beschluss hervor, der dem SPIEGEL vorliegt. Das Ehepaar fordert in dem Prozess 30 000 Euro plus Zinsen zurück. Insgesamt hatten Anleger mehr als 200 Millionen Euro in den Fonds eingezahlt, der Riesenräder in verschiedenen Metropolen finanzieren sollte. Keines der Projekte wurde verwirklicht. Die DBM Fonds Invest, die den Fonds aufgelegt hatte, bot Investoren eine Rückzahlung über 60 Prozent ihrer Investition sofort oder 85 Prozent im Jahr 2018, was viele annahmen. Die Deutsche Bank, die den Fonds vertrieb, erklärt, die mit dem Investment verbundenen Risikoaspekte in der Beratung ausführlich beleuchtet zu haben. Das Frankfurter Gericht bemängelt jedoch, dass die Provisionen für die Bank im Prospekt nicht ausreichend erkennbar gewesen seien. Die DBM Fonds Invest verweist darauf, dass das Verfahren sich in einem frühen Stadium befinde. Anlegeranwalt Tilman Langer dagegen ist überzeugt: „Mit dieser deutlichen Aussage dürfte der Rechtsstreit entschieden sein.“